



Grundeinkommen oder Vollbeschäftigung?

Vollbeschäftigung als wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Ziel ist im Laufe der vergangenen Jahrzehnte immer mehr verblasst. Bei anhaltender Massenarbeitslosigkeit haben Vorschläge eines bedingungslosen Grundeinkommens Konjunktur. Ist Vollbeschäftigung kein vorrangiges Ziel mehr?

Von Josef Hüwe

In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 lautet Artikel 23 Absatz 1: „Jeder Mensch hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf gerechte und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz vor Arbeitslosigkeit.“ Und Absatz 3: „Jeder, der arbeitet, hat das Recht auf gerechte und befriedigende Entlohnung, die ihm und seiner Familie eine der menschlichen Würde entsprechende Existenz sichert, gegebenenfalls ergänzt durch andere soziale Schutzmaßnahmen.“

Das menschenrechtliche Konzept der Vollbeschäftigung wurde in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts von Befürwortern fortgeschrieben, es ist auch eine der zentralen Forderungen der Gewerkschaften. Im Rahmen einer Untersuchung von drei US-WissenschaftlerInnen haben in jüngster Zeit fünfzig befragte Fachleute in Europa, USA, Australien und Kanada, die bis dato als Befürworter von Vollbeschäftigung bekannt waren, Stellung bezogen u. a. zur Definition sowie zu Fragen der gesellschaftlichen Priorität und der Erreichbarkeit von Vollbeschäftigung.¹⁾ Das Wesentliche der unterschiedlichen Antworten zu diesen drei Punkten wird im Folgenden kurz zusammengefasst.

Definitionen

- Vollbeschäftigung ist gegeben, wenn jeder, der will, einen Job bekommen kann;
- einbezogen werden meistens folgende Kriterien: Arbeitsbedingungen, Geschlechtergerechtigkeit, soziale Sicherung, Arbeitssicherheit, sozialer Dialog;
- Vollbeschäftigung soll auch faire, Existenz sichernde Löhne und soziale Sicherung für Familien beinhalten;
- Vollbeschäftigung ist erreicht, wenn die Arbeitslosenquote nur 1 bis 2% beträgt.

Gesellschaftliche Priorität

Fast alle Befragten bewerten Vollbeschäftigung als eines der obersten gesellschaftlichen Ziele und halten sie für vereinbar mit Umweltschutz. Sie habe zentrale Bedeutung, weil sie andere Ziele erreichbar mache oder mit anderen wichtigen Prioritäten verknüpft sei. Entsprechend wird Arbeitslosigkeit als Verschwendung betrachtet.

Arbeit ist nicht nur als Einkommensquelle zu sehen, sondern als ein Ort, „an dem Menschen mit anderen Menschen verbunden sind, an dem sie sich als Teil der Gesell-

schaft fühlen können.“ Insofern wird Vollbeschäftigung vor allem als eine „soziale Frage“ aufgefasst. „Gute Arbeit ist ein wichtiger Faktor für das materielle, soziale und psychische Wohlergehen jedes Individuums. Vollbeschäftigung schöpft vollständig das kreative und produktive Potential der Gesellschaft aus und wirkt positiv auf die öffentlichen Haushalte.

Vollbeschäftigung ist auch ein Faktor demokratischer Stabilität... Erwerbslosigkeit trägt zu politischer Instabilität bei, da sie Fremdenfeindlichkeit schürt, die extreme Rechte und sogar faschistische Strömungen stärkt.“

Eine der Stellungnahmen hält Vollbeschäftigung für sehr wichtig als Voraussetzung für gleiche Kampfbedingungen zwischen Arbeit und Kapital.

Die drei Autoren selber sehen Vollbeschäftigung als zentralen Bestandteil eines Staates, der die Bezeichnung Wohlfahrtsstaat im weitesten Sinne verdient. In dem Zusammenhang wird Sir William H. Beveridge (1876-1969) zitiert. Für den britischen Ökonomen, der als einer der Väter des Wohlfahrtsstaates gilt, war die Aufrechterhaltung der Beschäftigung wichtiger als Einkommensunterstützung, denn „der Müßiggang ist nicht dasselbe wie die Not, sondern ein getrenntes Übel, dem Menschen nicht entkommen, indem sie ein Einkommen haben. Sie müssen auch die Chance haben, nützliche Dienste zu leisten und das Gefühl haben, Nützliches zu tun.“ Einem Erwerbslosen, der keine Arbeit fände, so Beveridge weiter, werde gesagt, dass er von keinem Nutzen sei. Und das sei eine persönliche Katastrophe, selbst wenn angemessene Arbeitslosenunterstützung gewährt werde. Auch kurzfristige Erwerbslosigkeit sei nicht auf die leichte Schulter zu nehmen, denn der Betreffende wisse nicht, ob er nur vorübergehend erwerbslos sei.

Auch Amartya Sen (1998 Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften) sieht Einkommensunterstützung nicht als Ersatz für Beschäftigung an.

Ist Vollbeschäftigung erreichbar?

Antworten auf diese Frage sind unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Definitionen zu bewerten. Verneinende Stellungnahmen nennen folgende Gründe:

- Technologische Innovation;
- Machtlosigkeit der ArbeiterInnenschaft;
- Reale oder dauerhafte Vollbeschäftigung ist mit Kapitalismus unvereinbar;
- In einer kapitalistischen Ökonomie wird es immer Opposition (gegen Vollbeschäftigung) geben, da die Kapitalisten fürchten, dass sie die Macht der Beschäftigten stärkt, zu schnelleren Lohnerhöhungen führt und daher die Pro-

fitte beschneidet. Alles unterhalb von 3% Arbeitslosigkeit ist unrealistisch. Überwiegend wird die Frage der Erreichbarkeit von den Befragten bejaht, wenn einige Voraussetzungen erfüllt werden wie z.B.: Steuer- und arbeitspolitische Maßnahmen, Wachstum fördernde und öffentliche Investitionsprogramme, Ausbau des Öffentlichen Dienstes (u.a. Gesundheits- und Bildungsbereich), Arbeitszeitverkürzung, Rücknahme von Privatisierungen, demokratische Kontrolle über einige finanzkräftige und produktive globale Konzerne.

Vollbeschäftigung ohne Wohlfahrtsstaat

Die Ergebnisse der Untersuchung der drei US-WissenschaftlerInnen sprechen zwar für eine Bevorzugung von Vollbeschäftigung gegenüber Einkommensunterstützung, führen aber über das übliche wohlfahrtsstaatliche Denken nicht hinaus. Konzepte, die ohne wohlfahrtsstaatliche Einrichtungen und Maßnahmen Vollbeschäftigung anstreben, haben dort keinen Niederschlag gefunden. Silvio Gesell

zum Beispiel wollte durch eine Reform im Geldwesen, die eine Lösung des Bodenproblems voraussetzt, die Vormachtstellung des Geldkapitals überwinden und durch entsprechende Entwicklung von Angebot und Nachfrage Kapitaleinkommen marktwirtschaftlich schrumpfen lassen. Er war davon überzeugt, dass auf diesem Wege jedem Arbeitswilligen Arbeit und der volle

Arbeitsertag gewährleistet werden kann. Gesell sprach auch von einem „Recht auf Arbeit“. Dabei setzte er durchaus Flexibilität der Menschen voraus, denn nicht jede Arbeit werde gebraucht; manche müssten unter Umständen eben ein anderes Gewerbe erlernen.

Heute ist im Zuge des technischen Fortschritts mit weiteren Arbeitszeitverkürzungen zu rechnen. Die Beschäftigten können aber dennoch Existenz sichernde Entlohnung erwarten: Unabhängig von der Höhe des Zinsniveaus, fließendes Geld lässt auf einem wirklich freien Markt, wie er heute vor allem aufgrund der monopolistischen Geld- und Bodenordnung eben noch nicht besteht, eine Veränderung der Verhältnisse von Angebot und Nachfrage dahingehend zu, dass die Zinsen allmählich gegen null sinken. Das kommt den Arbeits-einkommen zugute und der Schaffung neuer Arbeitsplätze, die bis dahin wegen der Kapitalkosten zu teuer waren.

Bedenkt man Gesells Hinweis, dass der Kapitalzins eine internationale Größe ist und nicht einseitig für einen einzelnen Staat beseitigt werden kann, drängt sich für den Euro-raum der Gedanke auf, dass nicht mehr Kapital dieses Gebiet verlassen dürfte als hineinströmt. Diese Vorstellung ist nicht völlig unrealistisch, hat sich doch die EU im Vertrag von >

Reale oder dauerhafte
Vollbeschäftigung
ist mit Kapitalismus
unvereinbar



Plastiklöffel

Es ist erstaunlich: Die Entwicklung unserer Gesellschaft hat einen Punkt erreicht, an dem

- die Förderung von Öl aus der Erde,
- seine Verschiffung zu den Raffinerien,
- seine Verarbeitung zu Kunststoff,
- die Formung des Kunststoffs,
- der Transport in die Läden,
- der Aufwand des Einkaufs,
- das nach Hause transportieren,

als weniger aufwändig angesehen wird, als das Waschen eines Löffels nach dem Gebrauch.

Grundeinkommen oder Vollbeschäftigung?

Maastricht die Einführung von Kapitalverkehrskontrollen vorbehalten. Denkt man über den Euroraum hinaus, muss hier der Hinweis genügen auf Gesells Idee eines Weltwährungsvereins (Internationale Valuta-Assoziation) und auf einen Vorschlag von J.M. Keynes, Schaffung einer internationalen Währungseinheit und Erhebung von Negativzinsen im Falle der Zurückhaltung von Liquidität. (Der Keynes-Plan von 1943/44)

Gesells Ablehnung eines Wohlfahrtsstaates muss selbstverständlich nicht bedeuten, dass es keine Gemeinschaftsregelungen geben sollte für Menschen, die sich selbst nicht helfen können und wenn bestehende Hilfseinrichtungen nicht ausreichen. Und um einer Fehlinterpretation vorzubeugen: Eine Verteilung der Bodenrente auf die Mütter nach Zahl der Kinder, wie Gesell es vorgeschlagen hat, ist zu sehen als Lohn für geleistete Arbeit, für Pflege und Erziehung der Kinder, nicht als bedingungsloses Grundeinkommen. Verteilung der Bodenrente auf alle Bürger hingegen könnte als Gewährung eines kleinen Grundeinkommens gelten, das allerdings für den Lebensunterhalt bei weitem nicht ausreichen würde und insofern die Bezeichnung Grundeinkommen, wie es heute gemeint ist, nicht verdient.

Sozialgerechte Rahmenbedingungen

Vollbeschäftigung ist seit jeher ein Hauptanliegen der Freiwirtschaftsbewegung. Es ist zu verstehen im Zusammenhang mit ihrer grundsätzlichen Zielsetzung: Ausgehend vom Leitbild eines selbstverantwortlichen, freien Menschen in einer freien Demokratie weg von der Bittstellerrolle, von der Abhängigkeit von behördlichen, staatlichen Wohltaten, von der im Zuge vermehrter wohlfahrtsstaatlicher Einrichtungen wachsenden Gefahr der Entwicklung eines Staatssozialismus und eines autoritären Staates. Stattdessen hin zu einem selbststeuernden System mit Chancengleichheit, mit fairem freien Wettbewerb. Das kann erreicht werden durch bessere Rahmenbedingungen, durch eine sozialgerechte Rahmenrechtsordnung, durch einen grundlegenden Strukturwandel bis in die Fundamente Boden und Kapital hinein – in signifikantem Unterschied zur bisherigen Sozialen Marktwirtschaft und zum heutigen Neoliberalismus sowie zu sozialdarwinistischen Prinzipien, die jegliche Änderung des Status quo ablehnen. Ein Grundeinkommen kann die individuellen und gesellschaftlichen Vorteile von Vollbeschäftigung nicht ersetzen. Arbeit für alle sollte daher als vorrangiges Ziel wieder mehr Beachtung finden.²⁾ ■

Anmerkungen:

1) Gertrude S. Goldberg, Helen L. Ginsburg, Philip Harvey: Was meinen wir mit Vollbeschäftigung? Eine Untersuchung. In: Günter Krause (Hrsg.), Keynes als Alternative(r)? Argumente für eine gerechtere Wirtschaft. 2007.

2) Mehr Informationen über Voraussetzungen u. Perspektiven einer weitgehend entstaatlichten Gesellschaft siehe z.B. Klaus Popp, Das Märchen vom guten Zins. (2006)